

ORGAN: Menschenrechtsrat

THEMA: DIE SITUATION IN MYANMAR

DER MENSCHENRECHTSRAT,

*geleitet* von den Artikeln 1 - 30 der Resolution 217 A (III) der Generalversammlung vom 10. Dezember 1948, die die allgemeine Achtung der Menschenrechte vorsieht, und der Resolution 60/233, die alle Mitgliedstaaten zu einer guten Regierungsführung, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und die Achtung der Menschenrechte für eine nachhaltige Entwicklung und ein dauerhaftes Wirtschaftswachstum auffordert,

*hervorhebend*, dass Myanmar in den letzten Jahren einige sehr wichtige Schritte in Richtung Demokratisierung getan hat,

*in Kenntnis*, dass Myanmar noch einen weiten Weg vor sich hat, bis die allgemeinen Anforderungen der Vereinten Nationen erfüllt sind,

*fest davon überzeugt*, dass der wirtschaftliche Aufbau und der soziale Fortschritt wichtig ist, um auch die Menschenrechte einhalten zu können,

*der Hoffnung Ausdruck gebend*, dass eine Verbesserung der wirtschaftlichen Lage auch zu einer Verbesserung der Menschenrechtslage führt,

*bemerkend*, dass das Ziel dieser Resolution die beständige Verbesserung der sozialen Umstände und der Achtung der Menschenrechte durch die politischen Institutionen ist,

*betonend*, dass Myanmars staatliche Souveränität zu achten ist,

1. *entschließt sich*, die Sanktionen zu lockern und in weiterer Zukunft aufzuheben, unter den Bedingungen, dass

(a) Menschenrechte in Hinsicht auf Folter, Zwangsarbeit und Einsatz von Kindersoldaten eingehalten werden;

(b) Die Unterdrückung von ethnischen Minderheiten eingestellt wird;

(c) Soziale und gesundheitliche Einrichtungen geschaffen werden;

(d) Inhaftierte politische Gefangene freigelassen werden;

2. *beschließt* das Mandat des Sonderberichterstatters um ein weiteres Jahr zu verlängern;

3. *bittet* die Nicht-Regierungs-Organisationen um humanitäre Hilfe für die Zivilbevölkerung Myanmars;

4. *fordert* die Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen dazu *auf*, durch politische und wirtschaftliche Kooperationen mit der Republik der Union von Myanmar in Kontakt zu treten und auf diese Weise eine Nachhaltigkeit der Politik und Wirtschaftsreformen zu gewährleisten;

5. *beschließt* mit der Angelegenheit weiter befasst zu bleiben;